Bezirksregierung
Arnsberg

Antisemitismus darf keine Schule machen!

Handreichung für Lehrkräfte und Schulleitungen

Liebe Lehrkräfte und Schulleitungen an Schulen im Regierungsbezirk Arnsberg,

Antisemitismus ist ein wachsendes Problem in unserer Gesellschaft und antisemitische Vorfälle oder Ausgrenzungen gibt es auch an Schulen in unserem Regierungsbezirk. Dies ist eine für alle Schulleitungen und Lehrerkollegien, Eltern- und Schülerschaften unangenehme, aber leider zutreffende Tatsache.

Wichtig ist: Wie reagiert die Schulgemeinde auf antisemitische Äußerungen? Wie stellen sich Lehrerinnen und Lehrer an unseren Schulen auf gegenüber menschenverachtenden Beleidigungen bis hin zu tätlichen Angriffen auf jüdische Schülerinnen und Schüler oder jüdische Lehrerinnen und Lehrer? Gibt es eine klare Haltung dazu an Ihrer Schule? Haben Sie ein Handlungskonzept? Wissen Sie, wie Sie reagieren können, wenn in einer Klasse die Stimmung „kippt" und einige Schülerinnen und Schüler vermehrt ihre Klassenkameraden ausgrenzen und sie mit antisemitischen Beschimpfungen attackieren? Ist Ihnen bewusst, dass auch ohne die Anwesenheit jüdischer Schülerinnen und Schüler Antisemitismus an der Schule auftreten kann und geahndet werden muss? Und dass Sie vielleicht jüdische Kinder in Ihren Klassen sitzen haben, von deren Zugehörigkeit zum Judentum Sie gar nicht wissen, da viele Jüdinnen und Juden dies mittlerweile leider aus Angst vor negativen Reaktionen nicht mehr offen zeigen oder sogar verschweigen? Fragen Sie sich, wie Sie als Lehrkraft oder Schulleitung einschreiten können, wenn sich „Du Jude" zum Schimpfwort auf Ihrem Schulhof entwickelt?

Diese Broschüre gibt Ihnen Handlungsempfehlungen, um antisemitischen Tendenzen an Schulen im Regierungsbezirk Arnsberg entschieden zu begegnen. Sie gibt außerdem konkrete Hinweise, wie mit antisemitischen Vorfällen und Ausgrenzungen jüdischer Menschen umzugehen ist. Das beginnt mit der Akzeptanz der Tatsache, dass es Antisemitismus auch in der Region zwischen Bochum und Olpe, Siegen und Herne gibt. Wir nehmen Antisemitismus im Regierungsbezirk Arnsberg sehr ernst. Ob es sich um antisemitische Beschimpfungen eines Fünftklässlers, Nazi-Schmierereien am Schulgebäude oder antisemitische Aussagen über den Staat Israel handelt – es muss klar sein: Wir dulden an unseren Schulen keinen Antisemitismus, keinerlei Übergriffe und keine Verunglimpfungen Israels, egal, aus wessen Mund und aus welcher politischen Gesinnung heraus diese getätigt werden. Wir treten Antisemitismus wie auch anderen Formen von Hassrede und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit konsequent entgegen.

Was ist Antisemitismus?

Eine Begriffserklärung

„Antisemitismus ist eine bestimmte Wahrnehmung von Juden, die im Hass auf Juden Ausdruck finden kann."

Der Bundestag hat offiziell die Arbeitsdefinition der International Holocaust Remembrance Alliance übernommen, nach der „Antisemitismus eine bestimmte Wahrnehmung von Juden [ist], die sich als Hass gegenüber Juden ausdrücken kann. Der Antisemitismus richtet sich in Wort oder Tat gegen jüdische oder nichtjüdische Einzelpersonen und/oder deren Eigentum, sowie gegen jüdische Gemeindeinstitutionen oder religiöse Einrichtungen. [...] Darüber hinaus kann auch der Staat Israel, der dabei als jüdisches Kollektiv verstanden wird, Ziel solcher Angriffe sein."

Jüdin oder Jude ist entweder, wer das Kind einer jüdischen Mutter ist, oder aber, wer sich der jüdischen Religion zugehörig zählt bzw. zum (Reform-)Judentum konvertiert. Es gibt also auch nichtreligiöse Jüdinnen und Juden.

Antisemitismus kann religiös, rassistisch oder politisch motiviert sein. Er zeigt sich durch Gerüchte, Abwertungen und Sprachbilder, aber auch durch Mobbing, Drohungen, Verleumdungen, Gewalt, Terror und Mord. Nach Theodor Adorno ist Antisemitismus das „Gerücht über die Juden." (Theodor W. Adorno: Minima Moralia, Frankfurt a.M. 2001 (1951), S.200). Man unterscheidet zwischen dem **klassischen Antisemitismus**, der alte Vorurteile beinhaltet wie z.B. das Bild des „reichen Juden" oder des „Ritualmordes an Kindern". Daneben gibt es den **sekundären Antisemitismus**, der aufgrund des Holocausts (Shoah) entstand: Um der Frage nach der Schuld der eigenen Familie während der NS-Zeit zu entgehen, wird diese Schuld auf die Juden projiziert, die angeblich „Kapital aus dem Holocaust" schlagen würden.

Die aktuell am meisten verbreitete Form des Antisemitismus ist der **israelbezogene Antisemitismus**. Wohlwissend, dass öffentliche antisemitische Äußerungen sanktioniert werden, bedienen sich viele Menschen einer „Umwegkommunikation“: Alte antisemitische Vorurteile werden dabei auf den Staat Israel übertragen, der damit dämonisiert, mit moralischen Doppelstandards, die an kein anderes Land angelegt werden, bewertet oder gar in seinem Existenzrecht delegitimiert wird.

Antisemitismus ist dabei ein Modell zur Welterklärung: Er funktioniert auch ohne jüdische Präsenz, da er von den Realitäten völlig abgelöst ist. Dieses Welterklärungsmodell wird auch auf aktuelle Geschehnisse wie etwa die Corona-Pandemie übertragen, indem ein Wirken übermächtiger Kreise im Hintergrund unterstellt wird.

Antisemitismus ist dabei von Rassismus zu unterscheiden: Während der (kolonial geprägte) Rassismus den Anderen als unterlegen darstellt und dessen Unterwerfung fordert, stilisiert der Antisemitismus Jüdinnen und Juden als übermächtige Gegner und fordert deren absolute Vernichtung. „Seine Konsequenz ist nicht die Kolonie, sondern Auschwitz“(vgl. Mendel/Uhlig, 2017).

Dabei darf nicht vergessen werden, dass antisemitische Stereotype nicht nur durch extremistische und fundamentalistische Ränder, sondern auch durch die „gesellschaftliche Mitte“, also durch ganz normale „Durchschnittsbürgerinnen und -bürger“ geteilt werden. Laut Erhebungen unterstützen 15 bis 40 Prozent der Bevölkerung antisemitische Vorurteile.

Welcher Sprachcodes bedient sich der Antisemitismus?

Kaum jemand würde von sich aus eingestehen, Antisemit oder Antisemitin zu sein. Deshalb bedienen sich viele einer Tarnsprache, die von Eingeweihten erkannt wird, die aber auf den ersten Blick nicht gleich als antisemitisch auffällt. Wer vom „internationalen Finanzwesen an der Ostküste der USA“ spricht, meint damit den Mythos von der jüdischen Machtdominanz an der New Yorker Börse oder im Banksektor.

Wer die „weltweite zionistische Lobby“, die „geheimen Strippenzieher der Macht“ und deren angebliche „Machenschaften“ beschwört, bedient das uralte Bild der „jüdischen Weltverschwörung“ aus den fiktiven „Protokollen der Weisen von Zion“, die in vielen Staaten immer noch als angeblich echte Dokumente zirkulieren. Wer behauptet, in Deutschland dürfe man die „Wahrheit nicht aussprechen“, meint vielleicht, dass der Holocaust niemals stattgefunden habe und eine Lüge sei. All diese Codes ermöglichen es, sich antisemitisch zu positionieren, ohne dies direkt auszusprechen und damit ohne die Gefahr von Sanktionen. Jugendliche übernehmen diese Sprachcodes oftmals unreflektiert.

Wo und wie äußert sich Antisemitismus?

Waren früher Druckschriften, die in Kleinverlagen erschienen, das klassische Publikationsmodell antisemitischer Propaganda, so bietet die heutige weltweite Vernetzung unbegrenzte Möglichkeiten, Judenhass nahezu unkontrolliert zu verbreiten. Antisemitische Verschwörungsfantasien, Hetze, Karikaturen, Holocaustleugnung oder Drohungen finden sich heute vielfach auf Internetseiten oder in den Sozialen Medien (zum Beispiel auf Facebook, Twitter, Instagram oder TikTok). Antijüdische Filme und angebliche „Dokumentationen“ erfahren besonders über Videoportale wie YouTube oder Vimeo eine millionenfache Verbreitung. So können in Deutschland eigentlich verbotene Inhalte dennoch online aufgerufen, konsumiert und auch weiterverbreitet werden. Auch in den Staatsmedien vieler arabischer Staaten oder z.B. auch in der Türkei werden antisemitische Verleumdungen ausgestrahlt, so dass diese über Satelliten-TV auch deutsche Wohnzimmer erreichen. Nicht zuletzt werden Jugendliche auch durch antisemitische Parolen im deutschen Gangster-Rap negativ beeinflusst, wie die Texte von Kollegah oder Farid Bang zeigen.

Daneben erscheinen nach wie vor auch in gedruckten Medien wie deutschen Zeitungen immer wieder vorurteilsbeladene Bilder oder klar antisemitische Vorurteile.

Wo liegen die Wurzeln des Antisemitismus?

Der Jahrhunderte währende Antijudaismus der christlichen Kirchen wie auch später der Antijudaismus im Islam bereiteten dem neuzeitlichen Antisemitismus den Boden. Juden wurden als „Mörder Christi“ oder als „Ungläubige“ verfolgt. Im Mittelalter durften sie viele Berufe nicht ausüben, so dass ihnen oftmals nur der Geldverleih als Einkommensquelle blieb, weshalb sich das Stereotyp des „raffgierigen reichen Juden“ herausbildete. Auch an zahlreichen mittelalterlichen Kirchen finden sich Schmäh-Darstellungen von Juden wie etwa die sogenannte „Judensau“ am Kölner Dom, die eine Sau darstellt, welche Juden säugt. Von Martin Luthers antisemitischer Hetzschrift „Von den Juden und ihren Lügen“ (1543), die eine regelrechte Holocaust-Anleitung enthält, führt ein direkter Weg zum „Entjudungsinstitut“, das 1939 elf evangelische Landeskirchen auf der Wartburg gründeten, um hebräische Formeln aus der Bibel und den Gesangbüchern zu tilgen. Beide Kirchen haben lange gebraucht, um ihre schuldhafte Verstrickung in den modernen Antisemitismus aufzuarbeiten.

Wer befördert Judenhass und Judenfeindschaft?

Die aktuellen Erscheinungsformen antisemitischer Ressentiments kommen nicht nur aus dem rechtsextremen Milieu. Judenfeindlich sein können – neben Rechtsextremisten, „neogermanischen" Esoterikern, Parteipolitikern, „Identitären", „Reichsbürgern" – auch antizionistische Linke oder muslimische Fundamentalisten.

Was ist mit dem muslimischen Antisemitismus?

Wer den Antisemitismus, den es in muslimischen Zuwanderermilieus gibt und der sich stark an den Nahost-Konflikt anlehnt, offen anspricht und kritisiert, ist deshalb nicht rassistisch oder fremdenfeindlich. Im Gegenteil: Den Judenhass von Menschen mit Migrationshintergrund zu thematisieren und zu bekämpfen, bestärkt die vielen demokratischen Migrantinnen und Migranten in Deutschland, die sich vom Antisemitismus distanzieren.

Manche Kinder und Jugendliche mit muslimischem Hintergrund sind zum Teil durch die Medien einiger arabischer Länder oder durch Social-Media-Kanäle antisemitisch geprägt worden. In Studien hat sich gezeigt, dass zwar der Nahost-Konflikt in Zusammenhang mit dem Antisemitismus steht, dass die Berichterstattung über den Konflikt aber oftmals Bilder und Vorurteile des klassischen Antisemitismus wie die Brunnenvergiftungslegende aufgreift. In einigen arabischen Ländern wird die Delegitimierung Israels auch in Schulbüchern propagiert. So werden zum Beispiel teilweise Landkarten verwendet, auf denen der Staat Israel gar nicht vorkommt. Damit ist in einigen Gebieten die Erziehung zum Hass auf den Staat Israel und gegen jüdische Menschen im Allgemeinen Unterrichtsprogramm.

Antisemitismus in der Schule

Was können wir tun?

Wie äußert sich Antisemitismus in der Schule?

An unseren Schulen lernen und arbeiten Menschen unterschiedlicher Altersstufen, Biografien, Kulturen und Religionen zusammen. Einige Kinder und Jugendliche werden mit der Ablehnung von Jüdinnen und Juden sozialisiert und vertreten diese Haltung auch in der Schule.

Neben offenem und damit klar erkennbarem Antisemitismus zeigen sich in der Schule oft unterschwellige Formen: Das kann bei der Verwendung des Ausdrucks „Du Jude“ als herabwürdigendes Schimpfwort in Sport- oder Streitsituationen beginnen – meistens gar ohne Beteiligung einer jüdischen Person. Antisemitismus kann sich auch im Unterrichtsgeschehen äußern, wenn Lehrkräfte jüdische Kinder und Jugendliche als „Expertinnen oder Experten“ für alles Jüdische oder für Israels Politik heranziehen und damit eine unzulässige Generalisierung vornehmen.

So verhalten Sie sich als Lehrkraft gegenüber Antisemitismus richtig

Zeigen Sie Haltung!
Machen Sie sich bewusst, dass Ihre Arbeit auf dem Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland fußt („Die Würde des Menschen ist unantastbar“). In diesem Sinne gibt es für Lehr- und pädagogische Fachkräfte an Schulen kein Neutralitätsgebot bei antisemitischen und anderen menschenfeindlichen Handlungen an Ihrer Schule, sondern den klaren grundgesetzbasierten Auftrag, Kinder und Jugendliche auf der Basis demokratischer Werte zu erziehen und diese zu schützen.

Bagatellisieren Sie nichts!
Schulleitungen haben die Verantwortung, Vorwürfe antisemitischer Umtriebe an ihrer Schule ernst zu nehmen und sich mit dem Ereignis auseinander zu setzen. Vorfälle dürfen nicht aus Sorge um die Außenwirkung „unter den Teppich gekehrt" werden, denn eine Schule agiert gerade dann vorbildlich, wenn sie sich dezidiert gegen Antisemitismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit positioniert und entsprechende Vorfälle transparent aufarbeitet (siehe Schulmail weiter hinten in der Broschüre).

Achten Sie auf Sprache!
Egal ob Schulleitung, Lehr- oder pädagogische Fachkraft: Sie als Mensch müssen auf jegliche antisemitische oder rassistische Äußerung unmissverständlich und umgehend reagieren. Denn Beschimpfungen, Beleidigungen oder Diffamierungen in verschiedensten Ausprägungen – bis hin zu subtilen Methoden wie Zynismus und Ironie – sind verletzend und wirken bei den Betroffenen oft ein Leben lang. Wichtig ist es zudem, dass die Umstehenden erfahren, dass Antisemitismus weder überhört noch stillschweigend geduldet wird. Durch Ihre Reaktion zeigen Sie Betroffenen und Zuschauenden, dass Sie dies nicht tolerieren – und sei es nur die Ankündigung, mit der Person, die sich antisemitisch geäußert hat, anschließend in Ruhe ein Gespräch führen zu wollen, da Sie die gemachte Aussage ablehnen und zurückweisen. Somit geben Sie sich selbst die Zeit, sich zu sammeln und sich auf das Gespräch vorzubereiten, während Sie den Zuhörenden gegenüber zugleich öffentlich ein Zeichen gegen Antisemitismus und Ausgrenzung setzen.

Reagieren Sie klar und unmissverständlich!
Zeigen Sie allen am Schulleben Beteiligten sofort, dass Antisemitismus an Schulen im Regierungsbezirk Arnsberg keinen Platz hat, wie dies auch für andere Formen von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit gilt. Es muss allen an der Schule bewusst sein, dass antisemitische Äußerungen, egal, von wem sie kommen, geahndet werden.

Wie man höflich aber deutlich auf populistische und antisemitische Parolen reagieren kann, können Sie hier nachlesen: Philipp Steffan: „Sag was! Radikal höflich gegen Rechtspopulismus argumentieren", Hamburg, 2019.

So gehen Sie professionell mit antisemitischen Vorfällen im Schulalltag um

Ehrlich kommunizieren
Sprechen Sie mit den betroffenen Schülerinnen und Schülern und gehen Sie auf deren Bedürfnisse ein. Suchen Sie das Gespräch mit allen, insbesondere mit diskriminierenden und den von Diskriminierung betroffenen Schülerinnen und Schülern. Schaffen Sie gemeinsam ein konstruktives Umfeld und eine offene Atmosphäre, in der sich alle sicher fühlen und sensible Themen ehrlich diskutieren können. Die Schülerinnen und Schüler sollten Zweifel äußern dürfen, denn dann können sie erkennen, warum jemand antisemitische und stereotypisierende Ansichten vertritt. Denn Ängste, Frustration und negative persönliche Erfahrungen machen für die scheinbar einfachen Lösungen empfänglicher, die das antisemitische Weltbild anbietet.

Grenzen setzen
Die Schülerinnen und Schüler sollten sich zu jeder Zeit darüber bewusst sein, dass sie in Bezug auf Antisemitismus keine Toleranz erwarten können. In diesem Zusammenhang sind Transparenz und Klarheit gegenüber den Schülerinnen und Schülern und ihren Familien erforderlich.

Machen Sie den Beteiligten unmissverständlich (und im Idealfall bevor ein antisemitischer Vorfall überhaupt auftritt) klar, dass Antisemitismus außerhalb des Wertekonsens der Schule steht und dass sowohl schulische, zivilrechtliche als auch strafrechtliche Konsequenzen erfolgen können.

Regen Sie ihre Schülerinnen und Schüler zur Selbstreflektion an. Nutzen Sie die Lebenserfahrung Ihrer Schülerinnen und Schüler. Planen Sie Gegenmaßnahmen und Informationsangebote auch mit außerschulischen Partnern (siehe Liste im Anhang).

Über Antisemitismus aufklären

Vermitteln Sie den Schülerinnen und Schülern: Antisemitismus entwickelt sich schnell, wenn verlässliche Informationen zur Geschichte, aber auch zur aktuellen politischen Lage fehlen. Diese erhalten junge Menschen oft nicht oder nur einseitig im Elternhaus – Schule hat hier einen klaren Bildungsauftrag! In diesem Zusammenhang ist es wichtig, dass sich die Lernenden einen allgemeinen Überblick verschaffen können, sowohl über die lange Geschichte des Antisemitismus und seine Stereotype, als auch über dessen aktuelle Erscheinungsformen. Gestalten Sie den Unterricht interaktiv, interessant und ansprechend, etwa, indem sie behandeln, wie Verschwörungsmythen wirken und wie diese die Menschen manipulieren können. Wichtig ist es auch, neben historischem Wissen über aktuelles jüdisches Leben in Deutschland zu informieren und, wenn möglich, auch jüdische Jugendliche in den Unterricht einzuladen, etwa über die Aktion Meet a Jew (**www.meetajew.de**).

Die Integrationsagentur ZIVA (Zusammen für Vielfalt und Integration, gegen Antisemitismus) der Jüdischen Gemeinde Bochum-Herne-Hattingen ist eine gute Anlaufstelle für schulische Fortbildungen. Seit Dezember 2020 gibt es zwei Stellen in der Antidiskriminierungs- und Integrationsagentur ZIVA der Jüdischen Gemeinde Bochum-Herne-Hattingen. Einer der Schwerpunkte der Integrationsagentur liegt auf Workshop- und Seminarangeboten für Schulen sowie der Primär- und Sekundärprävention gegen Antisemitismus. Für Schulen bietet ZIVA außerdem Projektberatung zu diskriminierungs- und antisemitismuskritischen Projekten, etwa im Rahmen von Präventions- oder Projektwochen an. Hierzu zählt auch die Beratung zu antisemitismuskritischen und diskriminierungsarmen Lehr- und Lernangeboten für Einrichtungen der Elementarbildung bis zur Sekundarstufe II.

Die Angebote richten sich an Schülerinnen und Schüler sowie an Lehrkräfte und Erziehungskräfte. Das Einzugsgebiet der Integrationsagentur umfasst neben den drei Gemeindestandorten ebenfalls benachbarte Städte und Kommunen ohne Anbindung an bereits existierende Angebote (**ziva@jg-bochum.de**). Weitere Informationen finden Sie auf der Webseite der Jüdischen Gemeinde Bochum-Herne-Hattingen: **www.jg-bochum.de**.

Besondere Umsicht ist bei den Lehrkräften gefragt, wenn die Themen Israel oder Nahostkonflikt im Unterricht behandelt werden. In vielen Schulbüchern finden sich einseitige und stereotype oder sogar antisemitische und antiisraelische Darstellungen. Die KMK hat daher zusammen mit dem Zentralrat der Juden eine Liste geeigneter Schulbücher und Materialien erstellt. Diese finden Sie unter: **www.kmk-zentralratderjuden.de**.

Auch Synagogenbesuche können eine sinnvolle Möglichkeit darstellen, jüdisches Leben in Deutschland zu erleben, wenn diese Besuche im Unterricht entsprechend vor- und nachbereitet werden. Bei geplanten Synagogenbesuchen werden Sie möglicherweise damit konfrontiert, dass einige

© Foto: Polina Ivanova

Auszug aus der Schulmail des Schulministeriums NRW vom 8. Mai 2018:
„Antisemitische Straftaten sind bei der Polizei anzuzeigen. Dies gilt nicht nur für körperliche Angriffe. Antisemitische Äußerungen erfüllen in vielen Fällen den Straftatbestand der Volksverhetzung, der Nötigung oder der Beleidigung. Bitte beziehen Sie bei der Meldung entsprechender Vorfälle an die Polizeibehörden immer auch die jeweils zuständige Schulaufsicht mit ein“

RUNDERLASS
Zusammenarbeit bei der Verhütung und Bekämpfung der Jugendkriminalität vom 19. November 2019
„Straftaten an der Schule oder im schulischen Kontext

Besteht gegen Schülerinnen oder Schüler der Verdacht der Begehung eines Verbrechens, so hat die Schulleitung die Strafverfolgungsbehörden zu benachrichtigen.

Für den Fall des Verdachts eines Vergehens prüft die Schulleitung, ob pädagogische/schulpsychologische Unterstützung, erzieherische Einwirkungen beziehungsweise Ordnungsmaßnahmen ausreichen oder ob wegen der Schwere der Tat oder anderer gewichtiger Umstände, zum Beispiel mehrfache Auffälligkeiten, eine Benachrichtigung der Polizei oder der Staatsanwaltschaft erforderlich ist. Eine Benachrichtigung ist in der Regel erforderlich bei:
[...]
g) erheblichen Fällen von Bedrohung oder Nötigung,
[...]
j) politisch motivierten Straftaten.

Bei der Abwägung berücksichtigt die Schule sowohl die Täter- als auch die Opferinteressen und greift, nach Bedarf auf die Expertise von Netzwerkpartnern zurück.“

Schülerinnen und Schüler diese Besuche unter Hinweis auf ein Verbot durch Eltern bzw. Erziehungsberechtigte verweigern möchten. In solchen Fällen müssen Sie als Lehrkraft gegenüber den Schülerinnen und Schülern und den Erziehungsberechtigten eindeutig und unmissverständlich kommunizieren, dass es für Schulveranstaltungen gleich welcher Art kein Verweigerungsrecht gibt und dass Sie ein Fernbleiben nicht dulden werden.

Das Thema ist und bleibt komplex, Fortbildungen und Weiterbildung helfen Ihnen dabei, in Ihrer Haltung klar zu sein.

Handlungsleitend für die Präventionsarbeit an Schulen ist die Gemeinsame Empfehlung des Zentralrats der Juden in Deutschland, der Bund-Länder-Kommission der Antisemitismusbeauftragten und der Kultusministerkonferenz zum Umgang mit Antisemitismus in der Schule (www.kmk.org/fileadmin/pdf/PresseUndAktuelles/2021/2021_06_10-Gem-Empfehlung-Antisemitismus.pdf).

Vorgehen im konkreten Fall an einer Schule

Gegenseitig informieren
Tauschen Sie sich im Lehrerzimmer über besorgniserregende Vorfälle in Ihrem Schulumfeld aus. Geben Sie antisemitische Vorfälle und Äußerungen umgehend der Schulleitung kund und planen Sie gemeinsam mit allen am Schulleben Beteiligten schulinterne und externe Maßnahmen. Lassen Sie sich hierzu beraten, z.B. durch die Beratungsstelle SABRA.

Vorfall dokumentieren
Verschriftlichen Sie das Vorgefallene sofort. Nur so ist eine spätere Auswertung möglich. Dies ist auch wichtig, wenn entschieden wird, dass eine Strafanzeige in Betracht kommt. Melden Sie jeden antisemitischen Vorfall – wenn gewünscht auch anonym; und wichtig: auch unterhalb der Strafbarkeitsgrenze – unbedingt online bei der NRW-weiten Meldestelle unter www.sabra-jgd.de. Ansprechpartner und -partnerinnen für Antisemitismus erreichen Sie bei der Bezirksregierung Arnsberg unter den folgenden E-Mail-Adressen:
michael.albrecht@bra.nrw.de
janine.bartsch@bra.nrw.de

Umgang mit Straftatbeständen
Antisemitische Vorfälle können gemäß Strafgesetzbuch (StGB) Straftatbestände darstellen. Justiziabel sind etwa das Zeigen (Hitlergruß) sowie Verbreiten von Propagandamitteln und Kennzeichen (z.B. Hakenkreuz) verfassungswidriger Organisationen (§ 86a StGB), die bewusste Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener (§189), Volksverhetzung (§130) oder das Leugnen des Holocausts (§ 130 Absatz 3). Schulen sind keine rechtsfreien Räume, auch hier gelten die üblichen Gesetze. Bei Verstoß muss, unabhängig von einer zusätzlichen pädagogischen Intervention, gehandelt werden.

Natürlich sollten einer Strafanzeige zeitnahe pädagogische Interventionen vorangehen. Es bietet sich an, Revier- oder speziell geschulte Kontaktbeamtinnen und -beamte der örtlichen Polizei hinzuzuziehen und mit ihnen das Gespräch zu suchen, bevor die Schulleitung Strafanzeige stellt.

Wichtig sind besonders präventive Maßnahmen gegen Antisemitismus an Schulen, damit es im Idealfall gar nicht erst soweit kommen muss.

JUSTICE

Prävention und Aufklärung

Antisemitismus entgegenwirken

Antisemitismus entgegenwirken – aber wie?

Im Bereich der Holocaust-Education und Antisemitismusprävention setzt die Bezirksregierung Arnsberg nicht nur auf eine klare Handhabung bei akuten antisemitischen und rassistischen Vorfällen, sondern arbeitet nachhaltig und präventiv.

Mit dem gemeinsamen Ziel, das Selbstwirksamkeitserleben von jungen Menschen und deren bürgerlicher Gestaltungskompetenz zu stärken, vernetzen sich die Bereiche der Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE), der kulturellen Bildung sowie der Demokratie-Bildung miteinander, um gemeinsam mit und in den Regionen des Regierungsbezirks vor Ort Initiativen zu fördern, die mehr und mehr zukünftig benötigte Kompetenzen von jungen Menschen im Blick haben. Nur so kann es gelingen, eine Gesellschaft voller Wandlungsprozesse, hoher Komplexität sowie gewinnbringend erlebter Diversität nachhaltig und sozial mit zu gestalten.

Gewaltfreie Kommunikation in der Schule, vernetztes, kollaboratives Arbeiten, schülerzentrierte Entwicklung im Bildungsbereich sind die Grundlage für aktive, selbstbewusste Menschen, die einen dienlichen Nährboden für positive und soziale gesellschaftliche Entwicklungen schaffen. Viele dieser Momente einer erwünschten Zukunft sind bereits fest in den Schulen des Regierungsbezirks verankert.

Allgemeine Präventionsarbeit

Präventionsarbeit an Schulen, egal ob dies Prävention von Extremismus, Mobbing oder Antisemitismus ist, fußt auf der gleichen Basis: der Schaffung eines guten Schulklimas und der systematischen Förderung von Sozial- und Demokratiekompetenz bei allen Schülerinnen und Schülern. Diese Ziele sowie alle hierzu an einer Schule ergriffenen Maßnahmen und etablierten Strukturen sollten in einem Präventionskonzept der jeweiligen Schule festgeschrieben werden, welches dann verbindlicher Teil des offiziellen Schulprogramms ist.

Die Projekte

Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage ist ein Projekt für alle Schulmitglieder. Es bietet Schülerinnen und Schülern die Möglichkeit, das Klima an ihrer Schule aktiv mitzugestalten und bürgerschaftliches Engagement zu entwickeln. Es ist das größte Schulnetzwerk in Deutschland, dem mehr als 3.000 Schulen angehören (Stand: Oktober 2020). Weitere Informationen und Materialien zum Thema finden Sie unter www.schule-ohne-rassismus.org.

Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus

Die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus im Regierungsbezirk Arnsberg ist in die Gewalt Akademie Villigst (GAV) eingebunden, die ihrerseits dem Amt für Jugendarbeit in der Evangelischen Kirche von Westfalen angegliedert ist. Die Mobile Beratung leistet dabei Hilfe zur Selbsthilfe und versucht, die vor Ort vorhandenen Ressourcen zu aktivieren und zu vernetzen, um langfristige Wirkungen gegen rechtsextreme Einstellungen und Handlungen zu ermöglichen (www.mobile-beratung-nrw.de).

Spezielle Präventionsangebote zum Thema Antisemitismus

Die Präventionsarbeit zum Antisemitismus fußt auf mehreren Säulen. Ein Fokus liegt auf der historischen Aufklärungsarbeit und der Etablierung einer lebendigen Erinnerungskultur. Der andere Fokus liegt auf aktuellen Ereignissen und der Stärkung eines pluralistischen Demokratieverständnisses, in dem Antisemitismus wie auch andere Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit keinen Platz haben, sowie auf der Extremismusprävention.

Weiterbildung von Lehrkräften

Es gibt verschiedene Fortbildungsangebote im Bereich der Prävention von Antisemitismus für Pädagoginnen und Pädagogen. Beispielhaft sei hier auf Fachtage und Beratungsangebote der Servicestelle für Antidiskriminierungsarbeit

Beratung bei Rassismus und Antisemitismus SABRA sowie auf Fortbildungsangebote der Ortsgruppen der Deutsch-Israelischen Gesellschaft oder vom Verein Bagrut e.V. Dortmund verwiesen. Eine kostenfreie ganztägige Fortbildung für Kollegien zum Nahostkonflikt bietet Bildungsbaustein Israel an (bildungsbaustein-israel.de).

Materialien zur eigenständigen Fort- und Weiterbildung finden Sie z.B. unter www.politische-bildung.nrw.de. Hier können gewisse Materialien auch kostenfrei im Klassensatz bestellt werden. Auch bei der Bundeszentrale für politische Bildung finden Sie online unter www.bpb.de eine Vielzahl von Materialien rund um das Thema Antisemitismus und Judentum.

Einen kostenlosen Projekttag für Schulklassen können Sie bei der Landeszentrale für politische Bildung NRW buchen (www.politische-bildung.nrw.de/wir-partner/projekte/aktueller-antisemitismus-in-deutschland/)

Sehr ansprechende Materialien zum Nahostkonflikt und zum Thema Ambiguitätstoleranz können Sie kostenfrei bei der Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus herunterladen (kiga-berlin.org).

Einen umfangreichen virtuellen Methodenkoffer mit vielfältigen Materialien zum Einsatz im Unterricht finden Sie unter www.malmad.de.

ADIRA (Antidiskriminierungsberatung und Intervention bei Antisemitismus und Rassismus)
ADIRA ist eine Servicestelle für Antidiskriminierungsarbeit in Trägerschaft der Jüdischen Gemeinde Dortmund und zuständig für die Region Westfalen-Lippe. Der Schwerpunkt ist die Beratung bei antisemitischen Vorfällen. ADIRA berät Betroffene von Antisemitismus und bietet zudem anlassbezogene Fachberatung für Schulen sowie Workshops und Fortbildungen zum Thema Antisemitismus für Lehrkräfte, Pädagogische Fachkräfte und Schulklassen an. (www.adira-nrw.de)

Die Bezirksregierung Arnsberg unterstützt das Programm „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage". Vor Ort unterstützen die Kommunalen Integrationszentren beratend und vernetzend die teilnehmenden Schulen und unterstützen sie dabei das Label zu erhalten und mit Leben zu füllen. Hier geht es nicht nur um Fragen zum Bereich Antisemitismus, die Schulen beschäftigen sich gleichermaßen mit „Diskriminierung aufgrund der Religion, der sozialen Herkunft, des Geschlechts, körperlicher Merkmale, der politischen Weltanschauung oder der sexuellen Orientierung". Die Bezirksregierung Arnsberg arbeitet zudem mit der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus zusammen.

Salafismus und Islamismus als Herausforderung für die Erziehungsarbeit an der Schule
Eine weitere Säule der Präventionsarbeit besteht in den Anstrengungen der Bezirksregierung Arnsberg zur Prävention des gewaltbereiten Salafismus und des Islamismus. Dazu bietet die Bezirksregierung regelmäßig Fortbildungen für Lehrkräfte sowie Schulsozialarbeiterinnen und -sozialarbeiter an, um diese bei der Professionalisierung im Umgang mit diesen Themenfeldern zu unterstützen. Die Bezirksregierung hilft auch bei der Vermittlung an zuständige Expertinnen und Experten. Das Präventionsprogramm „Wegweiser" des Innenministeriums NRW ist in unserem Regierungsbezirk flächendeckend für die Beratung aufgestellt. Alle Wegweiser-Teams haben Vorträge und Workshops für Schulen im Angebot, um Jugendliche und junge Erwachsene zu sensibilisieren und Toleranz und Demokratiebildung zu fördern. Die für Ihre Stadt oder Ihren Kreis zuständige Wegweiser-Stelle finden Sie unter: www.wegweiser.nrw.de.

Durch die Teilnahme der Bezirksregierung an den Fachkommissionssitzungen der „Wegweiser"-Stellen in unserem Regierungsbezirk wird das direkte, präventive Engagement an den Schulen koordiniert und sichergestellt.

„Salafismus", im Arabischen salafiya, ist eine Strömung im Islam, die sich an der Religionsausübung und Lebensführung der ersten drei Generationen an Muslimen nach Mohamed orientiert. Diese lebten im 7. Jahrhundert nach Christus. Die Salafisten sehen sich selbst als Elite der Musliminnen und Muslime an und beschreiben sich als die „rechtschaffenden Altvorderen", die den Lehren Mohameds am genauesten folgen würden. Errungenschaften der Moderne wie die Demokratie lehnen sie ebenso ab wie eine zeitgemäße Auslegung der Glaubenstexte für heute lebende Gläubige. Das Spektrum der Salafisten reicht von Puristen (deren rein private Ausübung der Religion unter die Religionsfreiheit fällt) über politisch ausgerichtete Salafisten, die mit politischen Mitteln einen Staat nach den Gesetzen der Scharia anstreben und somit die freiheitlich-demokratische Grundordnung abschaffen wollen, bis hin zu gewaltbereiten Jihadisten – wie etwa den Anhängerinnen und Anhängern des sogenannten Islamischen Staates (IS).

Ansprechpartnerin für die Bezirksregierung Arnsberg:
Susanne Zerbo-Jonigk
E-Mail: Susanne.Zerbo-Jonigk@bra.nrw.de

Für Ihren Unterricht

- Fortbildungsangebote für Lehrkräfte: www.bra.nrw.de/1761331 oder www.kt.nrw.de
- Moderatorinnen und Moderatoren für Historisch-Politische Bildung: www.bildungspartner.schulministerium.nrw.de/Bildungspartner/Fortbildung/Lehrerfortbildung-NRW
- Virtueller Methodenkoffer gegen Antisemitismus und Beratung sowie landesweite Meldestelle für antisemitische Vorfälle: www.sabra-jgd.de bzw. www.malmad.de
- ADIRA - Antidiskriminierungsberatung und Intervention bei Antisemitismus und Rassismus in Dortmund: www.adira-nrw.de
- Die Integrationsagentur ZIVA der Jüdischen Gemeinde Bochum-Herne-Hattingen: www.jg-bochum.de
- Liste der für den Einsatz im Unterricht zum Thema Antisemitismus und Judentum geeigneten Lehrmaterialien: www.kmk-zentralratderjuden.de
- Zweiter Bericht des unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus im Auftrag des Bundestages: www.bundesregierung.de/breg-de/service/publikationen/zweiter-bericht-des-unabhaengigen-expertenkreises-antisemitismus-735880
- Argumente und Antworten bei antisemitischen Parolen: www.stopantisemitismus.de
- Kontakt zu jüdischen Jugendlichen: www.meetajew.de
- Unterrichtsmaterialien in deutscher Sprache und ganze Unterrichtsreihen inklusive kostenloser Filme und Literatur der Holocaust Gedenkstätte Yad Vashem in Israel: www.yadvashem.org/de/education/educational-materials.html
- Das Argu-Training und weitere Materialien von „Gegen Vergessen – für Demokratie e.V.“: www.gegen-vergessen.de
- Online Beratung gegen Rechtsextremismus von „Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.“: www.online-beratung-gegen-rechtsextremismus.de
- Materialien zum Antisemitismus in Bezug auf den Nahostkonflikt und zur Schaffung von Ambiguitätstoleranz: kiga-berlin.org
- Materialien sowie auch Workshops für Kollegien oder Schulklassen zum Thema Israelbezogener Antisemitismus: bildungsbaustein-israel.de
- Die European Commission hat ein Praxishandbuch zur „Arbeitsdefinition Antisemitismus“ der International Holocaust Remembrance Alliance – IHRA veröffentlicht: report-antisemitism.de/documents/IHRADefinition_Handbook.pdf?fbclid=IwAR0prqe490CRQaZAd5mujqL7ffY4JAuqVo9Gogr0MIMblkKfikizW11fBY
- Kostenfreier Online Kurs zum Thema Antisemitismus der Uni Köln, inklusive Reflexion der eigenen Haltung: digilehre.zflkoeln.de/online-kurs-digital-gegen-antisemitismus
- Online-Kurzfilme zum Thema Antisemitismus im Alltag, mit prominenten Schauspielern nachgestellte authentische Beispiele: jedervierte.com

Austauschprogramme

Mit internationalen Austauschen in der beruflichen Bildung gegen Antisemitismus
Beratung finden Sie in der Bezirksregierung Arnsberg:
EU-Geschäftsstelle Wirtschaft und Berufsbildung
Laurentiusstraße 1, 59821 Arnsberg
Telefon: 02931/82-3024
E-Mail: andrea.stein@bra.nrw.de
www.bra.nrw.de/-2119

Mit internationalen Austauschen in der Allgemeinbildung gegen Antisemitismus
Beratung finden Sie im Ministerium für Schule und Bildung:
www.schulministerium.nrw/themen/internationales

Außerschulische Lernorte im Regierungsbezirk Arnsberg

Steinwache Dortmund
Mahn- und Gedenkstätte Steinwache
Steinstraße 50, 44147 Dortmund
Telefon: 0231-50-25002
E-Mail: stadtarchiv-dortmund@stadtdo.de

Ge-Denk-Zellen Altes Rathaus Lüdenscheid
Lindenau 16, 58511 Lüdenscheid
Telefon: Tel. 02351-25138
E-Mail: info@ge-denk-zellen-altes-rathaus.de

Aktives Museum Südwestfalen
Obergraben 10, 57072 Siegen
Telefon: 0271-20100
E-Mail: siegen-ams@t-online.de

Geschichtswerkstatt Französische Kapelle e. V.
Hinweis: Die Gedenkstätte ist im Umbau und kann währenddessen nicht besucht werden (Stand: Juli 2021).
59494 Soest
E-Mail: info@franzkapellesoest.de

Informationen im Netz

- Ministerium für Schule und Bildung NRW
  www.schulministerium.nrw.de
- Landesstelle Schulpsychologie und Schulpsychologisches Krisenmanagement (LaSP)
  www.bra.nrw.de/3731257
- Servicestelle für Antidiskriminierungsarbeit Beratung bei Rassismus und Antisemitismus SABRA
  www.sabra-jgd.de
- Landeszentrale für politische Bildung NRW (lpb)
  www.politische-bildung.nrw.de
- Bundeszentrale für politische Bildung (bpb)
  www.bpb.de
- Kompetenzzentrum Prävention und Empowerment der ZWST
  www.zwst-kompetenzzentrum.de
- Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit
  Dortmund: dortmund.deutscher-koordinierungsrat.de
  Hagen: hagen.deutscher-koordinierungsrat.de
  Lüdenscheid: luedenscheid.deutscher-koordinierungsrat.de
  Siegen: siegerland.deutscher-koordinierungsrat.de
- Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus (RIAS)
  www.report-antisemitism.de
- Antidiskriminierungsberatung und Intervention bei Antisemitismus und Rassismus
  https://adira-nrw.de

Ansprechpartnerinnen und -partnerfür Antisemitismus bei der Bezirksregierung Arnsberg

Michael Albrecht
Telefon: 02931 82-3248
E-Mail: michael.albrecht@bra.nrw.de

Janine Bartsch
Telefon: 02931 82-3274
E-Mail: janine.bartsch@bra.nrw.de

Wir danken den Herausgebern und -geberinnen der Broschüre „Handreichungen für Düsseldorfer Schulen und Lehrkräfte: Was tun bei Antisemitismus an Schulen“ sowie den Herausgebern und -geberinnen der Broschüre „Antisemitismus an Schulen. Handreichungen für Schulen und Lehrkräfte im Regierungsbezirk Münster“. Ein besonderer Dank gilt dem Team der Servicestelle für Antidiskriminierungsarbeit Beratung bei Rassismus und Antisemitismus SABRA für die gute Kooperation und der Landesstelle Schulpsychologie und Schulpsychologisches Krisenmanagement für die inhaltliche Ausarbeitung dieser Broschüre.

BILDHINWEIS:
Soweit nicht anders angegeben: © www.stock.adobe.com
© Foto Rückseite: Bezirksregierung Arnsberg

AUTORINNEN UND AUTOREN:
Michael Albrecht und Nina Laube

Land Nordrhein-Westfalen
vertreten durch die

Bezirksregierung Arnsberg
Seibertzstraße 1
59821 Arnsberg
Telefon 02931 82-0
Telefax 02931 82-2520
poststelle@bra.nrw.de
www.bra.nrw.de